

Name, Vorname	Aktenzeichen
---------------	--------------

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Anlage BerRehaG

Angaben zum Antrag auf berufliche Rehabilitation

Vorbemerkung:

Vom Beruflichen Rehabilitationsgesetz (BerRehaG) werden arbeitsrechtliche Eingriffe in den Beruf oder eine berufsbezogene Ausbildung (z.B. Kündigung, Herabstufung, erzwungener Aufhebungsvertrag) erfasst, wenn es sich um Maßnahmen politischer Verfolgung handelt.

Bei hoheitlichen Eingriffen in den Beruf oder die Ausbildung (z.B. Entlassung bei den bewaffneten Organen, Exmatrikulation vom Studium, Entzug der Gewerbeerlaubnis) muss zunächst das verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsverfahren durchlaufen werden. Liegt die berufliche Benachteiligung in einer zu Unrecht erlittenen Freiheitsentziehung, muss vor der beruflichen Rehabilitation ein strafrechtliches Rehabilitierungs- oder Kassationsverfahren durchgeführt worden sein. Eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 des Häftlingshilfegesetzes (HHG) reicht aus, wenn diese sich auf einen Gewahrsam im Beitrittsgebiet bezieht und vor dem Inkrafttreten des Strafrechtlichen Rehabilitationsgesetzes (4.11.1992) beantragt worden ist oder wenn der Gewahrsam nicht Gegenstand eines Rehabilitierungsverfahrens sein kann (Internierung oder Verurteilung durch sowjetische Organe).

Eine **vorläufige Rehabilitierungsbescheinigung** nach dem BerRehaG kann erteilt werden, ohne dass die genannten Verfahren vorgeschaltet werden. Sie kommt in Betracht, wenn kurzfristig ein Antrag auf bevorzugte Förderung einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme, auf Ausgleichsleistungen bei besonderer Bedürftigkeit oder auf eine Ausnahme von der Altersgrenze des Bundesausbildungsförderungsgesetzes gestellt werden soll.

1. Angaben zur Schul-/Berufsausbildung

(Bitte auch in den alten Bundesländern sowie im Ausland fortgesetzte Ausbildungen angeben.)

a) allgemeine Schulbildung (z.B. POS)

vom	bis	in	Schultyp

Abschluss:

Ja Nein

letzte besuchte Klasse

b) weiterführende Bildungseinrichtung (z.B. EOS/Berufsausbildung mit Abitur)

vom	bis	in	Bildungseinrichtung

Abschluss:

Ja Nein

letzte besuchte Klasse

c) Hochschulreife Ja Nein**d) Ingenieur-, andere Fachschule (auch Fernstudium)**

Studienrichtung

vom	bis	in	Bildungseinrichtung

Abschluss:

 Ja

Abschluss als

 Nein**e) Universität/Hochschule (auch Fernstudium)**

Studienrichtung

vom	bis	in	Hochschule

Abschluss:

 Ja

Abschluss als

 Nein**f) Berufsausbildung**

vom	bis	in	Hochschule

Abschluss:

 Ja

Abschluss als

 Nein

(Bitte vorhandene Unterlagen über die Schul-/Berufsausbildung der/des Verfolgten, wie z.B. Zeugnisse, in Fotokopie beifügen.)

2. Angaben zum beruflichen Werdegang

Arbeitsstellen im Beitrittsgebiet (sowjetische Besatzungszone bzw. ehemalige DDR, einschließlich Berlin (Ost));

Bitte die Seiten über Arbeitsrechts- und Sozialversicherungsverhältnisse aus dem Sozialversicherungsausweis vollständig (einschließlich der Angaben zur Person der/des Verfolgten) in beglaubigter Fotokopie beifügen. Falls der Sozialversicherungsausweis bei einer anderen Behörde vorliegt, füllen Sie bitte die Erklärung auf der letzten Seite dieser Anlage aus.

Soweit Sozialversicherungsausweise nicht vorliegen (bitte begründen), sind folgende Angaben erforderlich; die durch entsprechende Beweismittel (z.B. Arbeitsvertrag, Arbeitgeberzeugnis) zu belegen sind:

(Angaben zu weiteren Arbeitsstellen - wie nachfolgend - ggf. auf gesondertem Blatt)

Zeitraum: (vom - bis)		
Name/Sitz des Arbeitgebers/Unternehmens		
Haupterwerbszweck bzw. Funktion des Betriebes (ggf. der größeren Unternehmenseinheit)		
Art der Tätigkeit (genaue Berufsstellung)		
Wöchentliche Arbeitszeit		
<input type="checkbox"/> Vollbeschäftigung	Bei stundenweiser Beschäftigung ab 1.1.1950 tatsächliche Arbeitszeit in Stunden <input style="width: 50px;" type="text"/>	vollbetriebliche Arbeitszeit pro Woche in Stunden <input style="width: 50px;" type="text"/>
Erhöhter Beitragssatz zur bergbaulichen Versicherung <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		
Nur für Beschäftigte im Bereich der Schifffahrt/Seefischerei	Dienststelle/Dienstgrad	
Fahrtbereich	Art und Größe des Schiffes	

3. Art der ausgeübten Tätigkeit, Arbeitsstelle und Branche

zum Zeitpunkt des Beginns der Verfolgung
danach
zuletzt

4. Worin bestand der Eingriff in Ihren Beruf oder Ihr berufsbezogenes Ausbildungsverhältnis, dem Sie in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet aus politischen Gründen ausgesetzt waren? (Bitte vorhandene Beweismittel beifügen.)

5. Ist Ihre berufliche Benachteiligung auf

a) eine im Beitrittsgebiet zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung, deren Rechtsstaatswidrigkeit durch eine Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung festgestellt worden ist, zurückzuführen?

Ja Nein

b) einen im Beitrittsgebiet erlittenen Gewahrsam, der nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) in einer Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannt worden ist, zurückzuführen?

Ja Nein

c) eine hoheitliche Maßnahme, die nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz aufgehoben oder als rechtsstaatswidrig festgestellt worden ist, zurückzuführen?

Ja Nein

Bitte Ablichtung der Rehabilitierungs-/Kassationsentscheidung, der Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG oder des Bescheides über die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung beifügen.

Falls eines der umstehend genannten Verfahren noch läuft:

Antrag auf Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) wurde am

bei dem (Gericht)

gestellt.

Datum

Aktenzeichen

Antrag auf Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach dem Häftlingshilfegesetz (HHG) wurde am

bei der/dem (HHG-Behörde)

gestellt.

Datum

Aktenzeichen

Antrag nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wurde am

bei der/dem (Reha-Behörde)

gestellt.

Datum

Aktenzeichen

Wenn die genannten Verfahren nach dem StrRehaG oder dem HHG noch nicht abgeschlossen sind und Sie eine vorläufige Rehabilitierungsbescheinigung benötigen, weil ein Antrag auf bevorzugte Förderung einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme, auf Ausgleichsleistungen bei besonderer Bedürftigkeit oder auf eine Ausnahme von der Altersgrenze des BAföG gestellt werden soll, dann machen Sie bitte auf einem gesonderten Blatt detaillierte Angaben zu der erlittenen Freiheitsentziehung und fügen Sie die hierüber vorhandenen Beweismittel bei. Die Rehabilitierungsbehörde wird in diesem Falle in der Regel zur Glaubhaftmachung Ihrer Angaben eine eidesstattliche Versicherung von Ihnen verlangen.

Hinweis: Die Fragen Nr. 6 und 7 müssen Sie beantworten, wenn Frage Nr. 5 verneint wurde oder wenn über die in einer Rehabilitierungs- /Kassationsentscheidung oder Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG anerkannten Gewahrsamszeiten hinausgehende Verfolgungszeiten geltend gemacht werden.

6. Was waren die Gründe für Ihre berufliche Benachteiligung?

7. Warum hat es sich bei der beruflichen Benachteiligung Ihrer Ansicht nach um politische Verfolgung gehandelt?

8. Wie hat sich die Benachteiligung für Sie ausgewirkt?
(z.B. Arbeitslosigkeit, Minderverdienst, sonstige Nachteile)
Bitte - soweit möglich - entsprechende Beweismittel beifügen.

--

9. Wie lange dauerte die berufliche Benachteiligung an?

vom	bis	Art des Nachteils

Hinweis: Die Fragen 10 bis 17 betreffen den Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversicherung. Die Beantwortung der Fragen ist nur für Zeiträume erforderlich, für die eine politische Verfolgung geltend gemacht wird.

10. Versicherungsnummer der Rentenversicherung

--

11. Haben Sie während der Zeit der Verfolgung einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem angehört?

Ja

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem

--

(z. B. Zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz, Freiwillige zusätzliche Altersversorgung für hauptamtliche Mitarbeiter des Staatsapparates, Sonderversorgung der Angehörigen der Nationalen Volksarmee, Sonderversorgung der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei, der Organe der Feuerwehr und des Strafvollzuges)

Nein

12. Sind Sie wegen der Verfolgung aus einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem ausgeschieden?

Ja

Nennen Sie das entsprechende Zusatz- oder Sonderversorgungssystem

--

Nein

13. Waren Sie zu Beginn der Verfolgung

bergbaulich versichert?

 Ja Nein

in Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens beschäftigt?

 Ja

als

 Nein

bei der Deutschen Post beschäftigt?

 Ja

als

 Nein

bei der Deutschen Reichsbahn beschäftigt?

 Ja

als

 Nein

in Einrichtungen nach der Anordnung über die Berechnung von Renten der Sozialversicherung für bestimmte Gruppen von Werkträgern vom 12. April 1976 beschäftigt?

 Ja

als

 Nein

Bitte - soweit vorhanden - eine Bescheinigung der entsprechenden Einrichtung oder der Nachfolgeeinrichtung über Art und Dauer der Tätigkeit vorlegen.

14. Wurde Ihre Berufsausbildung durch eine Verfolgungsmaßnahme abgebrochen oder unterbrochen? Ja Nein

Um welche Ausbildung handelt es sich?

Genauere Bezeichnung des Berufsziels

Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung

vom

bis

15. Wurden Sie durch eine Verfolgungsmaßnahme nach erfolgter Zulassung an der Durchführung, Fortsetzung oder am Abschluss eines Studiums gehindert? Ja Nein

Datum der Zulassung

Genauere Bezeichnung des Studiums

Wie lange dauerte das Studium laut Studienplan?

Genauere Bezeichnung des Berufsziels

Im Falle der Unterbrechung:
Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung

vom

bis

16. Waren Sie aufgrund einer Verfolgungsmaßnahme gehindert, Ihren erlernten Beruf auszuüben? Ja Nein

Wo wollten Sie damals tätig sein? (Bitte Bewerbungsschreiben oder ähnliches beifügen)

17. Wurde auch bereits Ihre Schulausbildung durch die Verfolgungsmaßnahme unterbrochen?

Ja Nein

Um welche Schulausbildung handelte es sich?

Nennen Sie den genauen Zeitraum der Unterbrechung

vom

bis

18. Haben Sie wegen der beruflichen Benachteiligung, die Gegenstand dieses Antrages ist, bereits früher einen Antrag gestellt?

(Bitte gegebenenfalls Antragsdurchschriften, Bescheid(e), Beleg(e) beifügen.)

Ja, ein Verfahren zur Behebung des Nachteils ist bereits beantragt.

Antrag vom

bei (bitte Behörde angeben)

ein Anspruch wurde abgelehnt durch Entscheidung

des/der

vom

Nein, es wurde bisher kein Verfahren eingeleitet.

19. Legen Sie bitte für die im Antrag gemachten Angaben schriftliche Beweismittel vor. Sollten Sie keine schriftlichen Beweismittel haben, nennen Sie bitte Anschriften oder fügen Sie schriftliche Erklärungen von Zeugen bei, die Ihre Angaben bestätigen können.

(zu Frage Nr.) Name, Vorname und Anschrift des Zeugen

Ort, Datum

Unterschrift